

Mehr Erreichen!

Neue Erkenntnisse zu den Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligung

Um dem schwindenden Vertrauen in Politik und politische Prozesse etwas entgegenzusetzen, wurde in Deutschland in den letzten Jahren viel unternommen, um Bürgerinnen und Bürger jenseits von Wahlen in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Ein zentrales Problem war und ist dabei, dass mit solchen Formaten vor allem Menschen erreicht werden, die ohnehin diskurs- oder ressourcenstark sind und selbstbewusst das Wort ergreifen.

Im Projekt „Mehr Erreichen. Mit Beteiligung.“ wurde untersucht, wie Bevölkerungsgruppen über die „üblichen Verdächtigen“ hinaus für Partizipationsformate gewonnen werden können und wo Chancen, aber auch Grenzen von Bürgerbeteiligung liegen. Das Projekt wurde durchgeführt von More in Common und der Initiative Offene Gesellschaft und gefördert von der Robert Bosch Stiftung.

Für forschungsbasierte Erkenntnisse hat More in Common eigene Daten¹ aus den Jahren 2019 bis 2022 ausgewertet und zusätzlich im Frühjahr 2023 Fokusgruppen in fünf Kommunen in ganz Deutschland (Bramsche, Dortmund, Görlitz, Berlin Marzahn-Hellersdorf und Pasewalk) durchgeführt. Die Initiative Offene Gesellschaft hat im Sommer 2023 die Kommunen bei der Konzeption und Umsetzung von Beteiligungsformaten begleitet.

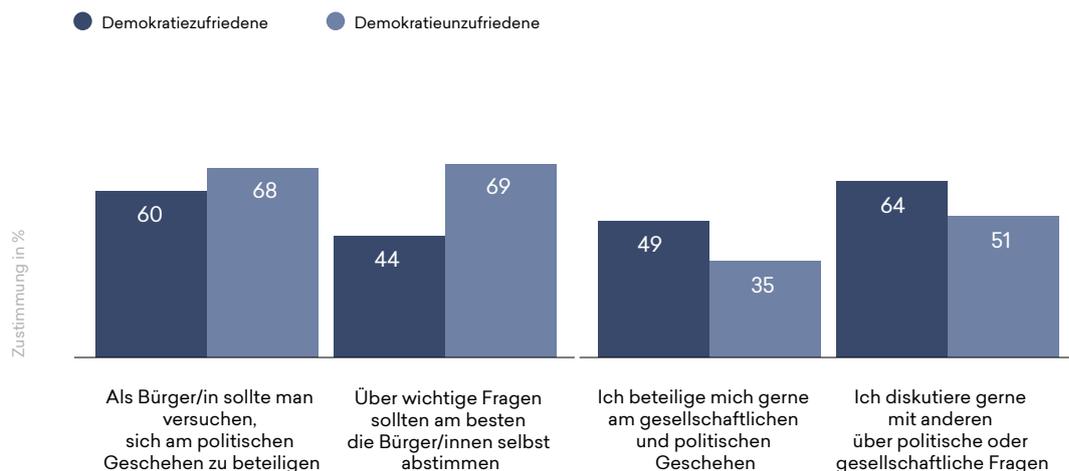
Die wichtigsten Erkenntnisse kompakt zusammengefasst

An Beteiligungsformaten nehmen vor allem jene Menschen teil, die eher politikzufrieden sind.

- Menschen, die mit der Funktionsweise unserer Demokratie eher unzufrieden sind, beteiligen sich mit 35 Prozent deutlich seltener „gerne am gesellschaftlichen und politischen Geschehen“ als Demokratiezufriedene (49 Prozent).
- Ausgerechnet Menschen, die laut eigener Aussage fundamentale Kritik vorzutragen hätten, halten sich also in der Debatte stärker zurück. Im Umkehrschluss heißt dies, dass bei Beteiligungsformaten Leute überrepräsentiert sind, die ohnehin eher politikzufrieden sind. Ein (vermeintliches) Paradoxon, welches einem bewusst sein sollte.

¹ Soziodemographisch quotierte Online-Panel-Befragungen mit mindestens 2.000 Befragten in Zusammenarbeit mit den Meinungsforschungsinstituten Kantar Public und YouGov.

Demokratieunzufriedene: Widerspruch zwischen Beteiligungsanspruch und eigener (deliberativer) Beteiligungsbereitschaft



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?

Quelle: More in Common (2021)

Menschen, die sich von Politik und Gesellschaft abgewendet haben, weisen ein ehrliches Desinteresse an eigener Beteiligung auf. Um ihre Perspektive besser einzubeziehen, braucht es deswegen teilnahmefreudige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit ähnlichen Einstellungen.

- Wie so oft in gesellschaftlichen Fragen entspringt auch beim Thema Beteiligung aus einem Problemwusstsein der Bürgerinnen und Bürger (unzureichende Mitsprache) noch nicht automatisch und bei allen ein starker individueller Handlungsantrieb zur Problemlösung (eigenes aktives Bemühen um mehr Mitsprache).
- Es herrscht bei vielen Menschen ein diffuses Gefühl vor, die Politik nähme sie nicht mit. Und dennoch besteht oft keine Bereitschaft zur Beteiligung („kein Bock, keine Zeit“). Viele sehen zudem ihr Kreuz am Wahltag als ausreichende Beteiligung an und es gibt oftmals nur ein geringes Verständnis für politische Prozesse.
- Für eine Einbeziehung von Menschen, die sich von Politik und Gesellschaft abgewendet haben, braucht es daher aufwandsarme, konsultative und informative Verfahren – und vor allem auch die Vertretung durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Damit Menschen sich mit ihrer Perspektive vertreten fühlen können, müssen sie darüber informiert sein, dass "Menschen wie sie" an Beteiligungsformaten teilgenommen haben.

Bei Politikfernen geht es in erster Linie um grundlegende „Beziehungsarbeit“ zum Gemeinwesen.

- Bei gesellschaftlich und politisch schlechter eingebundenen Menschen, geht es vor allem um den Abbau von Fremdheit, Misstrauen, sozialer Scheu, (Versagens- und Rollen-) Ängsten, Bezugslosigkeit und (erworbener) Gleichgültigkeit.
- Deswegen müssen (Beteiligungs-)Angebote systematisch aus der Perspektive der Zielgruppe gedacht werden: Was braucht eine Person, die sich fremd, unwohl, misstrauisch, unmotiviert, womöglich unvorbereitet fühlt, um in einem Format „anzukommen“?

- Zentrale Aufgabe von Politik (und Beteiligungsakteuren) ist daher ein kontinuierlicher und langjähriger Vertrauensaufbau statt eine „schnelle Aktivierung“. Schlimmstenfalls wird sonst das Misstrauen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern eher verschärft als gemildert. Gute Beteiligung kann bei Vertrauensaufbau helfen, darf aber nicht das einzige Instrument bleiben.

„Mitsprache“ bedeutet für viele Menschen nicht immer primär das eigene, aktive Mitmachen, sondern...

- ... das Gefühl, gut und transparent informiert zu werden (z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit oder Kampagnen auf verschiedenen Kanälen und an Alltagsorten).
- ... eine Politik, die die Lebenswelten, Einstellungen und Wünsche der eigenen Bevölkerungsgruppe aufgreift und für Wertschätzung, Anerkennung und eine Aufwertung der Lebensverhältnisse sorgt.
- ... auch gemeint zu sein. Häufig entsteht bereits durch eine ansprechende persönliche Einladung ein Gefühl von Mitsprache und nicht erst durch die eigene aktive Teilnahme.

Umso „politischer“ Beteiligung daherkommt, desto suspekter erscheint sie.

- Schlechter in Politik und Gesellschaft eingebundenen Menschen, sind offener, wenn die Beteiligungsformate als nicht parteipolitisch wahrgenommen werden und diese auf Bürgerebene verortet sind (das trifft insbesondere auf den Osten Deutschlands zu).
- Gesellschaftliche Themen werden von daher auch deutlich gegenüber politischen und definitiv gegenüber parteipolitisch wahrgenommenen Themen bevorzugt.
- Beteiligungsformate müssen neutral moderiert und ergebnisoffen konzipiert sein, um auf Akzeptanz zu stoßen.

Bei Beteiligung muss die Umsetzung immer mitgedacht werden.

- Menschen wollen sehen, was ihre Beteiligung bewirkt hat.
- In den meisten Fällen gibt es nicht die Erwartung, dass alle Wünsche der Beteiligten realisiert werden. Aber es muss nachvollziehbar sein, warum gewisse Forderungen nicht umgesetzt werden. Dabei ist Transparenz zentral.
- Damit eine Umsetzung realistisch ist, müssen dafür ausreichend finanzielle Mittel vorgesehen sein. Dieser finanzielle Rahmen sollte möglichst am Anfang des Projekts kommuniziert werden.

Ausblick: Wie erreichen wir „mehr“?

Grundsätzlich gilt: Im geschützten, nicht-konfrontativen, vertraulichen Gesprächsraum kann man mit (fast) allen Bevölkerungsgruppen ins konstruktive Gespräch kommen; die meisten sind „erreichbar“. Voraussetzung ist ein aufrichtiges Interesse an der Meinung und den Sichtweisen sowie den Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger. Will man Menschen erreichen, die bislang schlechter in gesellschaftliche und politische Prozesse eingebunden sind, so ist es notwendig, die eigene Angebotspalette an Beteiligungsformaten zu überdenken und für deren Neukonzipierung und Durchführung ausreichend finanzielle und zeitliche Ressourcen bereitzustellen. Beteiligung, die viele Menschen und nicht nur ressourcenstarke Teilgruppen einbezieht, kann einen wertvollen Beitrag dazu leisten, das Vertrauen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Wichtig ist aber anzuerkennen, dass

Beteiligungsformate immer auch an Grenzen stoßen – nicht alle können und wollen sich einbringen. Für den langfristigen Vertrauensaufbau zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik kann Beteiligung von daher nur eines von mehreren Instrumenten sein und bleiben.

Zum Weiterlesen



Unsere *Impulse für eine breitere Bürgerbeteiligung vor Ort* formulieren auf Grundlage der More in Common-Forschungsdaten aus den Jahren 2019 bis 2022 drei Thesen dazu, wie und warum Menschen ganz unterschiedlich für Beteiligung erreichbar sind.



Mit dem praxisorientierten *Arbeitsbuch für kommunale Beteiligung mit neuen Zielgruppen* soll es Mitarbeitenden kommunaler Verwaltungen leichter fallen, vielfältige Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Die Empfehlungen dienen als Anregung, die eigene Beteiligungsarbeit vor Ort zu ergänzen – und möglicherweise neue Wege zu gehen, um mehr Menschen zu erreichen.

Kontakt

deutschland@moreincommon.com
kommunen@offenegesellschaft.org

Durchgeführt wurde das Projekt „Mehr Erreichen. Mit Beteiligung.“ von



**More in
Common**



**INITIATIVE
OFFENE
GESELLSCHAFT**

Gefördert von



**Robert Bosch
Stiftung**